

# FREIBERUFLER-TICKER vom 22. Juni 2018

## 1. Zentrales Digitales Zugangstor nimmt weitere Hürde

Am 20. Juni 2018 haben die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten den [Kompromisstext](#) zum zentralen digitalen Zugangstor gebilligt. Vorausgegangen war eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament im Rahmen eines informellen Trilogverfahrens. Das zentrale digitale Zugangstor soll einen vereinfachten Zugang zu Informationen, Verfahren sowie Hilfs- und Problemlösungsdiensten gewährleisten. Dabei geht es etwa um die Beantragung eines Aufenthaltsnachweises, die Beantragung von Studienkrediten und Stipendien, die Anerkennung akademischer Titel, den Erhalt einer Europäischen Gesundheitskarte, die Registrierung eines Kraftfahrzeugs oder die Registrierung von Arbeitnehmern in den jeweiligen Versicherungssystemen. Das zentrale digitale Zugangstor wird mehrere Netze und Dienste verknüpfen, die auf nationaler und Unionsebene bereits eingerichtet wurden, um grenzüberschreitende Tätigkeiten zu unterstützen. Zu diesen gehören die Europäischen Verbraucherzentren, „Ihr Europa – Beratung“, SOLVIT, der Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums, „Europe Direct“ und das „Enterprise Europe Network“. Die Anwender-Schnittstelle wird in das bereits existierende „Ihr Europa“-Portal integriert und in allen Amtssprachen der EU verfügbar sein. Die noch ausstehende formale Zustimmung des Rates und des Europäischen Parlaments soll nach der Sommerpause erfolgen.

## 2. Volkswirtschaftliche Bedeutung der KMU

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hat die wichtigsten Kennziffern zum deutschen Mittelstand errechnet und am 20. Juni 2018 [veröffentlicht](#). Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2016 und werden aufgrund nur marginaler Abweichungen nicht in einen Vorjahresvergleich gestellt. Die Ergebnisse: Rund 3,46 Millionen Unternehmen zählen zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), das entspricht 99,5 Prozent aller Unternehmen. Mit mehr als 2,27 Billionen Euro erwirtschaften sie 35,3 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland. Insgesamt steuern sie rund 53,5 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung aller Unternehmen bei. Bei ihnen arbeiten rund 17,18 Millionen Mitarbeiter, das sind 58,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie beschäftigen rund 82 Prozent aller Auszubildenden. Sie haben mit 9,4 Milliarden Euro einen Anteil von 11,9 Prozent an den gesamten FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors. Ihr Exportumsatz liegt bei rund 208,2 Milliarden Euro, das sind 17 Prozent des Exportumsatzes aller Unternehmen.

## 3. BMBF und Länderminister zu „Digitalpakt“ und „Nationalem Bildungsrat“

Beim ersten [Treffen](#) von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und den Bildungsministern der Länder im Rahmen der Kultusministerkonferenz in Erfurt am 14. und 15. Juni 2018 haben der „Digitalpakt für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien“ und der „Nationale Bildungsrat“ im Mittelpunkt gestanden. Während bei Letzterem Klärungsbedarf besteht, stimmen Bund und Länder beim Digitalpakt überein: Der Digitalpakt soll zu Jahresbeginn 2019 starten. Der Bund werde bis September 2018 einen Textvorschlag für die Bund-Länder-Vereinbarung vorlegen. Bis Ende des Jahres 2018 sollen die grundgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen und weitere Details rund um die Finanzierung geklärt werden. Vorgesehen ist, dass der Bund die Investitionskosten für die technische Infrastruktur der Schulen übernimmt. Die Länder sollen die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, die Anpassung der Bildungspläne, die Wartung und Beschaffung von Lernprogrammen und weiterer Software sowie die Sicherstellung von Betrieb und Wartung der Infrastruktur durch die Antragsteller vornehmen.

#### **4. Offensive „Digitales Klassenzimmer“**

Nach Angaben der Bundesregierung haben bis heute rund 210 Gebietskörperschaften im Rahmen ihrer Ausbauprojekte nach dem Breitbandförderprogramm des Bundes die Erschließung von mehr als 5.100 Schulen vorgesehen. Das steht in der Antwort der Bundesregierung ([19/2372](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/1953](#)), über die der Deutsche Bundestag am 19. Mai 2018 informiert hat. Im Rahmen des Breitbandförderprogramms des Bundes sei klargestellt worden, dass Schulen, in denen pro Klassenzimmer keine Internetverbindungen mit mindestens 30 Mbit/s zur Verfügung stehen, grundsätzlich im Rahmen laufender Förderprojekte in die Förderung einbezogen werden können. Bei den 5.100 Schulen seien in 983 Fällen die Vergabeverfahren abgeschlossen und der endgültige Förderbescheid erteilt worden, heißt es weiter. Darüber hinaus schreibt die Bundesregierung, dass laut Statistischem Bundesamt momentan mehr als 33.000 allgemeinbildende Schulen existieren und voraussichtlich über 90 Prozent der Schulen von einer Gigabitförderung des Bundes werden profitieren können.

#### **5. Staatsvertrag zur Vergabe von Studienplätzen Humanmedizin**

Die Kultusministerkonferenz hat am 15. Juni 2018 die Eckpunkte eines zwischen den Ländern zu schließenden Staatsvertrags zur Vergabe von Studienplätzen im Fach Humanmedizin verabschiedet. Das Verfahren wird in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Dezember 2017 ([1 BvL 3/14](#)) reformiert. Das Gericht hat die bundes- und landesgesetzlichen Vorschriften über das Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen an staatlichen Hochschulen im Bereich Humanmedizin für teilweise mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2019 Neuregelungen zu schaffen. Unter anderem soll die Abiturbestenquote beibehalten werden, die Wartezeitquote soll wegfallen. Neben der Abiturnote sollen im Auswahlverfahren der Hochschulen mindestens zwei weitere eignungs-basierte Kriterien herangezogen werden.

#### **6. Bundesregierung verlängert Mikrokreditfonds Deutschland bis zum Jahr 2021**

Das geht aus einer [Pressemitteilung](#) hervor, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 18. Juni 2018 veröffentlicht hat. Mit dem Mikrokreditfonds Deutschland sichert die Bundesregierung Mikrokredite in Höhe von bis zu 25.000 Euro an kleine Unternehmen mit wirtschaftlich tragfähigen Konzepten, die keine Bankfinanzierungen erhalten, ab. Im Rahmen des Programms sind seit seiner Einrichtung im Jahr 2010 bisher rund 22.000 Mikrokredite mit einem Gesamtvolumen von etwa 139 Millionen Euro vergeben worden. Die gegenwärtigen Konditionen sehen Kredite mit einer Laufzeit von maximal vier Jahren und einer schrittweisen Erhöhung vor. Die Höhe des ersten Kredits ist auf maximal 10.000 Euro begrenzt. Durch weitere Kredite kann das Kreditobligo pro Kreditnehmendem auf insgesamt 25.000 Euro erhöht werden. Der aktuelle Zinssatz liegt bei 7,9 Prozent p.a.

#### **7. Flexible Arbeitszeitgestaltung wird immer wichtiger**

Der Anteil der Betriebe, die Arbeitszeitkonten führen, hat sich von 18 Prozent im Jahr 1999 auf 35 Prozent im Jahr 2016 fast verdoppelt. Dabei ist der Anteil der Beschäftigten mit einem Arbeitszeitkonto von 35 auf 56 Prozent gestiegen. Besonders häufig werden Konten mit einem kürzeren Ausgleichszeitraum genutzt. Langzeitkonten bleiben weiterhin die Ausnahme. Das geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am 19. Juni 2018 erschienen ist.

## 8. Sozialer Aufstieg in Deutschland schwierig

Die soziale Mobilität im OECD-Raum ist ins Stocken geraten. Dies geht aus dem Bericht „[A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility](#)“ hervor, der Ende vergangener Woche von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht worden ist. In den untersuchten Ländern dauert es durchschnittlich etwa fünf Generationen, ehe die Nachkommen einer armen Familie das Durchschnittseinkommen erreichen können. Während der Wert für die nordischen Länder bei zwei bis drei Generationen liegt, beträgt er in Deutschland sechs und in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften neun und mehr Generationen. In der [Ländernoteiz für Deutschland](#) wird unter anderem empfohlen, in die ganztägige Kinderbetreuung, die frühkindliche Bildung und den Ausbau des Nachmittagsunterrichts zu investieren. Zudem sollen die Abgabenquote für Gering- und Mittelverdiener reduziert und Anreize zu Vollbeschäftigung für Zweitverdiener geschaffen werden. Darüber hinaus sei die Erbschaftsteuer „zur Abmilderung der hohen Vermögenskonzentration“ zu reformieren.